



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/15938

**Mehr Sicherheit in zunehmend unsicheren Zeiten - Übernahme der Kosten zur
personellen Sicherung von jüdischen Einrichtungen und Synagogen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der anstehenden Neuverhandlung des Staatsvertrages mit dem Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden in Bayern sowie der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, den jüdischen Gemeinden in Bayern finanzielle Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen. Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen der Neuverhandlung dieses Staatsvertrages die laufenden Aufwendungen für allgemeine Sicherheitsmaßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Des Weiteren sollen einzelfallbezogene finanzielle Unterstützungsleistungen aus besonderem Anlass wie beispielsweise im Hinblick auf die technische Ertüchtigung des Sicherheitsstandards jüdischer Einrichtungen nach dem Anschlag von Halle a. d. Saale vom 9. Oktober 2019 gewährleistet sein.

Berichterstatlerin:
Mitberichterstatler:

Gabriele Triebel
Matthias Enghuber

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 8. Juli 2021 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender